Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk., mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6 gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6 gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 104. **Dienstag** den 14. April 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Das 11. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis zum **5. Mai ds. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1946. Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn, betreffend den Anschluß der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das Zollsystem des Deutschen Reichs. Vom 2. December 1890.

Leipzig, den 9. April 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) ein **Collier** von altem französischen Gold, aus kleingliedriger Kette und einer **Broche** mit einem blauen Steinchen bestehend, vor ca. 3 Monaten;

2) ein **Einlagebuch** der **Sparcasse zu Leipzig-Reudnitz, Nr. 43257**, über einen Einlagebestand von **122 ℳ 59 ₰** während der letzten Monate;

3) **10 Stück** gebundene **englische Lesebücher** von Deutschbein und **10 Stück** dergl. **englische Grammatik**, am 31. v. M.;

4) ein neuer **Jacket-Anzug** von bläulichem Kammgarnstoff, am 8. d. M.;

5) ein **Sommerüberzieher**, neu, dunkelgrau, mit glatten Hornknöpfen, verdeckter Knopfleiste und Aufhänger mit der Firma „**August Winkler, Leipzig**“, am 6. d. M.;

6) ein **Sommerüberzieher** von gelblichgrauem **Stoff**, mit einigen gelblichen Farbenflecken auf dem Rücken, hellbraunem, gestreiftem Aermelfutter und **Brillantenhenkel**, ein hellgrauer gestreifter **Regenmantel**, ein **Kleiderrock** von dunkelblauwollenem, braun gestreiftem Stoff und eine **Taille** von dunkelblauem, halbwollenem, braunkarrirtem Stoff, vom 7. bis 8. d. M.;

7) ein **Ständer** von Weißblech (patentirter **Kaffeekühler**), ½ m hoch und ⅓ m weit, in einem grauen Leinwandsack mit dem Signum „C. L. 2204“, vom 21. Februar bis 10. März d. J.;

8) ein sog. **Trage**, grau gestrichen, mit Kette und Schloß, am 4. d. M. Abends;

9) ein **Handwagen**, vierrädrig, mit Leitergestell und einem an der rechten Seite angebrachten vom Rade durchgeschliffenen **Schuppen**, vom 5. bis 6. d. M.;

10) ein **Handwagen**, 2rädrig, graublau gestrichen, am 8. d. M.;

11) ein **Handwagen**, klein, 4rädrig, blau gestrichen, am 10. d. M.;

12) ein **Jacket** und eine **Weste** von braunem, carrirtem **Stoff**, mit Hornknöpfen und hellem Futter in den Jacketärmeln, sowie eine **Hose** von hell- und dunkelgrau gestreiftem **Stoff** mit Gesäßnaht, am 2. d. M. Nachmittags;

13) eine **Brillant-Shlipsnadel**, Mitte Februar d. J.;

14) eine silberne **Damen-Remontoir-Uhr** mit doppeltem Goldrand, gerieftem Rückdeckel und wappenähnlicher Verzierung, sammt anhängender **Nickelkette** mit kleiner **Silbermünze**, am 11. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 13. April 1891.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. W.

Verdingung.

Die Lieferung von **rund 1000 qm Kopfstein- bezw. Linienpflaster** zum Neubau **des Fahrzeugschuppens** in **Altenburg** in Sachsen soll öffentlich verdungen werden.

Angebote in versiegeltem Briefumschlage mit bezeichnender Aufschrift sind gebührenfrei an den Unterzeichneten unter der Adresse der Königlichen „**Garnisonverwaltung zu Altenburg**“ im Geschäftslocale derselben bis zum

Dienstag, den 21. April cr. Vorm. 11 Uhr

einzureichen.

Die allgemeinen Vertragsbedingungen, die Bestimmungen für die Bewerbung um Leistungen für Garnisonbauten, die besonderen Bedingungen sowie die Verdingungsanschläge liegen im Geschäftslocale des Unterzeichneten sowie der obengenannten Verwaltung während der Dienststunden aus und können auch zum **Preise** von 0,75 ℳ von dort bezogen werden.

Halle a. S., den 11. April 1891.

Der Königliche Baurath.
Schneider.

Die österreichische Thronrede.

Die Thronrede, mit welcher Kaiser Franz Josef am Sonnabend den österreichischen Reichsrath eröffnet hat, ist ein parlamentarisches Meisterstück; sie ertheilte die Antwort auf die Parteibestrebungen der letzten Wochen, auf die vergeblichen Bemühungen, eine neue Mehrheit im Abgeordnetenhause zu schaffen, sie sagt kurz und bündig: Wir brauchen keine auf Vereinbarung beruhende Mehrheit, der Wunsch aller Parteien, dem Gemeinwohl zu dienen, ist die beste Gewähr, daß die Arbeit des Parlaments ersprießlich und für den Staat heilbringend sein werde. Besonders glücklich scheinen die Schlußworte der Thronrede gewählt: „Durch ausdauernde und pflichttreue Arbeit gewinnen die bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen erst ihren vollen Werth. In dieser Weise kann Einheit und Macht des Staates gewahrt und den mannigfaltigen Verhältnissen Meiner Königreiche und Länder, sowie den verschiedenen Interessen ihrer Bewohner Rechnung getragen werden, auf diesem Wege wird das sittliche, geistige und wirthschaftliche Wohl Meiner treuen Völker, welche Meinem Herzen alle gleich nahe stehen, am wirksamsten gefördert.“

Diese Auffassung der parlamentarischen Aufgaben ist durchaus ideal, aber sie läßt sich in der begonnenen Legislaturperiode praktisch durchführen, weil die Vorlagen theils socialpolitisch, theils wirthschaftlich, theils juristisch sind und keinen Raum lassen für nationale, kirchenpolitische und staatsrechtliche Erörterungen und Streitigkeiten. In keinem anderen Großstaate ist so viel Gelegenheit zu öden, unerquicklichen und zwecklosen Verhandlungen geboten, wie in Oesterreich, wenn eine Vorlage sich unter einen der genannten Gesichtspunkte bringen läßt; es ist deshalb ein wahrer Segen, daß die Zeitlage es mit sich bringt, nur solchen Berathungsstoff zu liefern, welcher sorgfältige, rein sachliche Prüfung erfordert ohne Rücksicht auf nationale, confessionelle und Parteiunterschiede. Solche Berathungen sind geeignet, die vorhandenen Gegensätze zu mildern, sie sogar zeitweise auszugleichen, und gerade Oesterreich kann sich Glück wünschen, daß ihm die Klippen, an welchen der gute Wille so oft scheitert, in dieser Legislaturperiode aus dem Wege geräumt worden sind.

Es wird trotzdem nicht an Versuchen fehlen, die gezogenen Schranken zu durchbrechen und die vorhandenen Gegensätze bei diesem oder jenem Anlaß zur Geltung zu bringen; das wird aber nur in der Form der Abschweifung vom Gegenstande möglich sein, und darin liegt die Bürgschaft, daß diese Bestrebungen nicht zur Herrschaft gelangen werden. Die Arbeitslast, welche dem Reichsrathe zur Erledigung überwiesen ist, verdient die Bezeichnung erstaunlich. Auf dem Gebiete der Socialpolitik, der Volkswirthschaft, der Steuer- und Justizgesetzgebung, des Verkehrswesens und der internationalen Handelspolitik sind so viele Reformen beabsichtigt, daß für unfruchtbare, nationale, confessionelle und Parteistreitigkeiten gar keine Zeit übrig bleibt. Wenn das vorliegende Pensum bewältigt werden soll, so muß die Arbeitskraft der Volksvertretung in hohem Maße angespannt werden, und das wird um so eher geschehen, als alle Vorlagen zeitgemäß sind und einem stark gefühlten Bedürfniß Befriedigung verschaffen sollen.

Für das Deutsche Reich ist der Abschnitt der Thronrede, welcher die Handelsverträge betrifft, von besonderem Interesse. Wir ersehen daraus, daß in Oesterreich das gleiche Streben besteht, den Handelsvertrag mit Deutschland abzuschließen, wie bei uns im Deutschen Reiche. Es sollen mehrere derartige Verträge gleichzeitig für längere Zeit abgeschlossen werden, um feste Verhältnisse zu schaffen, unter deren Herrschaft Industrie und Landwirthschaft gedeihliche Daseinsbedingungen finden. Zwei einflußreiche französische Blätter, „Journal des Débats“ und „Siècle“, rühmen die Klarheit, mit welcher die Nothwendigkeit solcher Verträge betont werde, und legen die Beachtung dieser Worte Méline und seinen Gesinnungsgenossen dringend ans Herz. Das „Journal des Débats“ macht darauf aufmerksam, daß die Zolltarife Méline's durch die österreichische Thronrede mit einer Lobeserhebung für die Handelsverträge beantwortet werden. Auch das Comité zum Schutze der französischen Ausfuhr verurtheilt die von der französischen Regierung und der Zollcommission vorgeschlagenen Tarife, findet sie übertrieben und erwartet davon einen Mißerfolg. Die Tarife seien ein Zeichen für den Niedergang Frankreichs und würden den Ruin der Industrie und eine Hungersnoth der Arbeiter zur Folge haben. Solche Kundgebungen werden das im Schwunge befindliche Rad der Zeit nicht aufhalten, aber sie enthalten eine Mahnung für Deutschland, die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen zu ziehen und der in der Entwickelung begriffenen Bewegung der Handelsverträge keine Hindernisse zu bereiten.

Ganz besonders angenehm hat der von den internationalen Beziehungen handelnde Abschnitt der Thronrede im Auslande berührt, und wir dürfen die Wirkung der kaiserlichen Worte um so erfreulicher nennen, als sie auch in Frankreich Widerhall gefunden haben. „Journal des Débats“ und „Siècle“ treffen in dem Urtheil zusammen, daß die in der Thronrede ausgedrückte Hoffnung auf Erhaltung des Friedens um so bedeutungsvoller und willkommener sei, weil gerade in neuester Zeit in einem Theile der auswärtigen Presse die internationale Lage ziemlich düster geschildert worden sei. Derartige Aeußerungen französischer Blätter sind natürlich nur mit Vorbehalt aufzunehmen, weil keine auch nur annähernde Sicherheit darüber besteht, ob damit auch die öffentliche Meinung weiter Kreise ausgedrückt ist. Jedenfalls gehört in Frankreich ein gewisser Muth dazu, den von anderer Seite kundgegebenen Friedenshoffnungen beizustimmen, und deshalb legen wir den Worten der beiden französischen Blätter Werth bei. Es lassen sich ja leider zu allen solchen Erklärungen Fragezeichen machen, weil selbst Diejenigen, welche die friedliche Haltung Rußlands vorzugsweise wünschen und sie als die werthvollste Friedensbürgschaft betrachten, nur zu sagen vermögen, daß Rußland mit seinen Rüstungen noch nicht fertig sei. Das enthält ganz offenbar das Zugeständniß, daß eine Friedensstörung von dieser Seite in Zukunft zu gewärtigen sei; man ist also zufrieden, wenn der Frieden wenigstens für die nächste Zukunft nicht als bedroht erscheint. Unter solchen Umständen bleibt nichts übrig, als die Vorbereitung auf einen möglichen Krieg unausgesetzt mit unermüdlichem Eifer zu betreiben. Die Kosten dieser Vorbereitung würden reichlich dadurch aufgewogen, wenn der Zweck, die Aufrechterhaltung des Friedens, damit erreicht wird. Je schwerer den Friedensstörern der Erfolg ihrer Absichten gemacht wird, desto weniger werden sie sich entschließen, eine Entscheidung herbeizuführen, die nur mit den größten Opfern zu erreichen wäre. Alle Großstaaten haben heute eine Rüstung angelegt, welche den Friedensbruch als etwas Furchtbares für alle Theile erscheinen läßt. Ueberraschungen des Gegners giebt es unter den heutigen Verhältnissen nicht, jeder steht auf der Wacht, jeder Zeit zur Abwehr des Angriffs bereit. Aber gerade diese allgemeine höchste Kriegsbereitschaft läßt der Hoffnung Raum, daß der Friede nicht gestört werden wird. *

Leipzig, 14. April.

* Der „Politischen Correspondenz“ wird officiös aus Berlin geschrieben:

Vor vier Monaten erschien an dieser Stelle eine Berliner Correspondenz, in der des Weiteren ausgeführt war, daß die in der äußeren Politik herrschende Ruhe nicht etwa als eine Stille vor dem Gewitter zu bezeichnen sei, sondern daß vielmehr alle Anzeichen dafür sprächen, daß für absehbare Zeit an einen gewaltsamen Umsturz der politischen Lage nicht zu denken wäre. Ein angesehenes Wiener Blatt, welches jene Correspondenz reproducirte, bemerkte dazu, es sei eigentlich überflüssig, etwas so ganz Selbstverständliches zu sagen, denn die öffentliche Meinung sei glücklicher Weise in einer Stimmung, wo sie keiner Beruhigung bedürfe.

Seit dieser Zeit ist thatsächlich nichts vorgefallen, was die politische Lage wesentlich verändert hätte und doch zeigt sich die öffentliche Meinung heute beunruhigt und in verschiedenen Zeitungen wird auf verschiedene dunkle Punkte hingewiesen, die sich angeblich am politischen Horizont zeigen sollen. Dem gegenüber ist es vielleicht nicht ohne Interesse, festzustellen, daß in hiesigen politischen Kreisen von wirklichen Gründen zu neuen Beunruhigungen nichts bekannt ist. Dort hat man sich mit der allgemeinen Meinung, wie sie sich seit Jahren langsam und fest gestaltet hat, abgefunden: man weiß, daß Europa als in zwei große Lager getheilt betrachtet werden kann: das friedliche und das kriegerische, und man hofft, daß die friedlichen Elemente stark genug sind und für absehbare Zeit noch bleiben werden, um gegenüber den russischen Truppenbewegungen an der Grenze und den fortgesetzten französischen Drohungen mit einer Allianz zwischen Frankreich und Rußland, deren Spitze gegen Deutschland gerichtet sein würde, die bisher beobachtete Ruhe bewahren zu können. Daß die europäische Lage keine dauernd friedfertige und beruhigende ist, darüber hat sich Niemand Illusionen hingeben können, der den Ereignissen in Rußland und Frankreich mit gebührender Aufmerksamkeit gefolgt ist; daß aber die Lage plötzlich eine noch unsicherere geworden sei, als sie es seit Jahren ist, darf als eine unbegründete Befürchtung bezeichnet werden. Die Thatsachen, auf welche die Befürchtung zurückgeführt worden ist — der Ablauf der Convention von Tophane vom 5. April 1886, die Truppenbewegungen an der russischen Grenze, die Verleihung des Andreas-Ordens an den Präsidenten der französischen Republik — sind theils hinfällig geworden, denn Rußland denkt gar nicht daran, die bulgarische Frage in diesem Augenblick aufzurollen, theils kann denselben nur mit Unrecht die Bedeutung eines Novums beigemessen werden, wie dies in beunruhigender Weise während der letzten Tage geschehen ist.

* Die Meldung, daß der freiconservative Abgeordnete von Kardorff sich bereit erklärt habe, sein Reichstagsmandat, falls Fürst Bismarck in Geestemünde nicht gewählt werden sollte, zu Gunsten einer Candidatur des Fürsten Bismarck niederzulegen, wird, wie man der „Schlesischen Zeitung“ aus Berlin schreibt, in parlamentarischen Kreisen für zutreffend erachtet. Man glaubt aber nicht, daß das Angebot praktische Bedeutung erlangen werde, da man die Wahl des Fürsten in dem hannöverschen Wahlkreise für gesichert hält.

* Der Landesverein Westfalen des Allgemeinen deutschen Jagdschutzvereins hat beschlossen, in Anbetracht der vielfachen, zu Zwist und Unzufriedenheiten, Unbilligkeiten und Processen und schließlich zu einem unausbleiblichen Ruin der hohen und mittleren Jagd führenden Mängel des gedachten Gesetzentwurfs die königliche Staatsregierung und das Herrenhaus zu ersuchen, nicht nur den gegenwärtigen Entwurf eines Wildschadengesetzes abzulehnen, sondern baldmöglichst einen neuen Wildschadengesetz-Entwurf, beruhend auf dem Princip der allgemeinen Wildschadenversicherungspflicht, vorzulegen, weil durch eine derartige Wildschadenversicherung alle wesentlichen Mängel des jetzigen Entwurfes beseitigt werden, indem: 1) jede persönliche Beziehung des Grundbesitzers zum Jagdpächter und damit ein großes Maß von Gehässigkeit, Aerger und Rancune in Fortfall geräth; 2) die äußerst bedenkliche Regreßpflicht und damit eine sehr erhebliche Zahl von Processen, Streitverkündigungen, Eiden, Vernehmungen, Kosten, Unzufriedenheiten und Unbilligkeiten vermieden wird; 3) die Belastung der einzelnen Grundbesitzer je nach der Größe des Wildstandes eine gleichmäßigere und damit eine gerechtere ist als die aus dem Conrad'schen Gesetzentwurf hervorgehende, den mannigfachen Zufälligkeiten unterworfene Wildschadenentschädigung; 4) die Gerichte weniger in eine Materie hineingezogen werden, bei der, wie kaum in einer anderen Frage, die persönliche Auffassung und Sachkenntniß des Richters auf das Urtheil von Einfluß ist, so daß es im Interesse der Autorität des Richterstandes keineswegs gleichgiltig ist, wenn derartige Wildschadenersatz- resp. Regreßanspruchs-Processe auf das möglich geringste Maß zurückgeführt werden; und 5) endlich ein mäßiger Wildstand erhalten und dadurch nicht nur ein volkswirthschaftliches, sondern auch ethisches Gut der Nation bewahrt bleibt.

* Der ständige Vertreter des Großherzogthums Sachsen-Weimar, sowie von Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen und Rudolstadt und von Reuß jüngerer Linie im Bundesrathe, Geh. Staatsrath Dr. Heerwart, einer der langjährigsten und verdientesten Mitarbeiter im Bundesrathe, ist vom Großherzog von Sachsen zum Wirklichen Geheimrath mit dem Titel „Excellenz“ befördert worden.

* Das „Helgoländer Wochenblatt“ veröffentlicht in seinem amtlichen Theile nachstehende Bekanntmachung:

Es wird hierdurch zur Kenntniß der Bevölkerung gebracht, daß an dem heutigen Tage die Verwaltung der Insel Helgoland nebst Zubehör seitens des Deutschen Reichs, vertreten durch den bisherigen Reichscommissar, kaiserlichen Regierungsrath Dr. Reich, an die königlich preußische Staatsregierung, vertreten durch den unterzeichneten Commissar, übergeben worden ist.

Die Insel Helgoland untersteht von heute an, als Theil des Kreises Süderdithmarschen, der Verwaltung des königlichen Landraths Jürgensen in Meldorf, Regierungsbezirk Schleswig; als Hilfsbeamter des königlichen Landraths hat der königliche Oberst z. D. Leo mit dem heutigen Tage die Localverwaltung übernommen.

Helgoland, den 1. April 1891.

Der königlich preußische Commissarius.
von Bischoffshausen,
Ober-Regierungsrath.

Ueber die Uebergabe der Verwaltung der Insel an die preußischen Behörden berichtet das genannte Blatt ferner:

Am 31. März trafen der Ober-Regierungs-Rath v. Bischoffshausen aus Schleswig, der Landrath des Kreises Süderdithmarschen Jürgensen, der Hilfsbeamte des Letzteren, Oberst z. D. Leo, sowie der Amtsrichter Waitz von dem Amtsgericht zu Altona auf Helgoland ein. Am 1. April hat alsdann von Seiten des bisherigen kaiserlichen Commissars, Regierungs-Rath Dr. jur. Reich aus dem Reichsamt des Innern, die Uebergabe der Verwaltung an den Ober-Regierungs-Rath v. Bischoffshausen als Commissar der königlich preußischen Staatsregierung und im Anschluß daran die Uebernahme der Rechtspflege durch den mit Auftrag des königlich preußischen Justizministers versehenen Amtsrichter Waitz stattgefunden. Letzterer wird hinfort bis von Zeit zu Zeit an Ort und Stelle stattfindenden Gerichtstage abhalten, die nach erfolgter Feststellung demnächst bekannt gemacht werden. Bekanntlich wird auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 22. März 1891, betreffend die Einführung von Reichsgesetzen in Helgoland, für den Bezirk der Insel auch ein selbstständiges Schöffengericht mit dem Sitze daselbst gebildet. Jedoch findet die Mitwirkung von Schöffen erst vom 1. Januar 1892 an statt. Von diesem Termin an werden auch Einwohner von Helgoland als Geschworene zu den Schwurgerichtssitzungen in Altona herangezogen werden. Die Verwaltung der Insel ruht seit dem 1. April in den Händen des Obersten z. D. Leo, welcher am genannten Tage durch den Ober-Regierungsrath v. Bischoffshausen in sein Amt eingeführt wurde und seinen Wohnsitz auf Helgoland nehmen wird. Die anderen Beamten haben, nachdem sie sich über die dienstlichen Verhältnisse auf der Insel eingehend informirt hatten, am 4. d. Mts. Helgoland wieder verlassen.

* * *

* Nach einer Meldung der Wiener „Presse“ erwarten die deutschen Delegirten zu den Handelsvertrags-Unterhandlungen noch eine Instruction aus Berlin; alsdann werde die Schlußredaction und Unterzeichnung des Vertrages und zwar letztere noch in diesem Monat erfolgen.

* Das „Journal des Débats“ und der „Siècle“ heben in ihren Leitartikeln über die österreichische Thronrede insbesondere die Stelle hervor, welche der Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens Ausdruck giebt. Dieselbe sei um so bedeutungsvoller und willkommener, als gerade in den letzten Tagen in einem Theile der auswärtigen Presse die diplomatische Lage ziemlich düster geschildert worden sei. Beide Blätter besprechen ferner eingehend den Passus über die Handelsverträge. Der „Siècle“ rühmt die Klarheit, womit die Nothwendigkeit solcher Verträge betont werde, und legt diese Worte dringend Méline und seinen Gesinnungsgenossen an Herz. Das „Journal des Débats“ stellt ferner den Auslassungen der Presse über eine angebliche, gegen Frankreich geplante Zollliga den Passus der Thronrede über die handelspolitischen Beziehungen gegenüber und bemerkt, daß die Zolltarife Méline's in der Thronrede mit einer Lobeserhebung auf die Handelsverträge beantwortet würden.

* Die „Kreuzzeitung“ meldet, daß der Gouverneur von Kurland, Sipjagin, von seinem Posten zurücktreten und durch einen Deutschen ersetzt werden soll, welcher, ursprünglich Protestant, erst zum Katholicismus und dann zur griechischen Kirche übergetreten ist. Man erwartet, daß nunmehr die confessionellen Fragen in den Vordergrund treten werden. Die Verurtheilung der lutherischen Pastoren Treu und Krause dürfte schon ein Vorspiel sein.

* Von den rumänischen Parteien entwirft der „Rumänische Lloyd“ folgende mehr witzige als eingehende Charakteristik:

1) Die national-liberal-collectivistische Partei, d. h. das Syndicat, welches seit 1888 ans Ruder gelangen möchte, in seiner alten Gestalt, mit denselben Begierden und denselben Lastern.

2) Die Liberal-Unabhängigen, deren Vertreter ihr Domicil in Ploješt und Jassy gewählt haben. Im Grunde genommen, sind sie eine Abart der national-liberalen Partei, jedoch nicht so compromittirt und verrufen.

3) Die Liberal-Romanotisten, eine im Entstehen begriffene Bildung, welche man mit der Lupe prüfen müsse, um ihren eigentlichen Charakter zu erkennen. Ein charakteristisches Kennzeichen ist: Spaltung vor den Wahlen.

4) Die aufrichtigen Liberalen, Gruppe des Bürgermeisters der Hauptstadt, warten noch immer das Erscheinen des „Binele public“ ab, um Stellung zu nehmen. Charakteristisches Merkmal: Tanzt nach der Weise unseres Lordmayors.

5) Die Radicalen, auch Liberal-Demokraten genannt, deren Apostel, Programm und Fahne Herr Panu ist. Der Apostel macht mehr Lärm als alle anderen Parteien zusammengenommen und steht mit einem Fuße in Bukarest, mit dem andern in Jassy.

6) Die Socialisten, denen Herr Nadejde das vornehmste Gepräge aufdrückt, treten für die Rechte des armen Volkes, für die achtstündige Arbeitszeit u. s. w. ein, besorgen auch ihre eigenen kleinen Geschäfte.

7) Die Republikaner. In mehr oder weniger von Kunden besuchten Buden setzen sie ihren Antidynasticismus ab. Großes Depot von Weidenismus und Cuzaismus. Merkwürdige Varietäten unserer politischen Parteien in ihren ununterbrochenen Veränderungen.

8) Die Constitutionellen oder auch Junimisten genannt, Anhänger der „Neuen Aera“ und unversöhnliche Gegner der sogenannten historischen Parteien, leiden an der unheilbaren Schwäche, sich für die ausschließlichen Vertreter der modernen Ideen zu erachten.

9) Die Liberal-Conservativen, welche sich in zwei Gruppen theilen: Die Catargisten und die Vernescisten. Die ersten dulden die zweiten, die zweiten die ersten. Wenn die beiden Chefs auch durch enge Freundschaft verbunden sind, so kann man das von ihren Parteigängern nicht behaupten.

10) Die Conservativen ohne Epitheton, welche jede gemäßigte Regierung unterstützen, vorausgesetzt, daß sie anti-collectivistisch ist.

* Aus Belgrad, 12. April, kommt die folgende ausführliche Meldung über die letzten Vorgänge in der Skupschtina:

Die gestrige Abendsitzung der Skupschtina nahm einen sehr erregten Verlauf und dauerte bis gegen Mitternacht. Den ersten Gegenstand der Debatte bildete das zur Verlesung gebrachte Schreiben des Königs Milan an die Regentschaft, in welchem derselbe erklärt, im Interesse der Ruhe und Ordnung des Landes bis zur Großjährigkeit des Königs Alexander Serbien verlassen zu wollen. Die radicalen Abgeordneten Vica und Rakovanovic sprachen sich für eine gleichzeitige Lösung der Frage des Aufenthaltes der Königin Natalie in Serbien aus und beantragten, daß von dem Präsidium der Skupschtina eine hierauf bezügliche Resolution eingebracht werde. Die liberale Opposition (Garaschanin) und die radicalen Dissidenten beantragten, den Brief des Königs Milan zur Kenntniß zu nehmen, und erklärten, den Antrag Vica-Rakovanovic ablehnen zu müssen, weil derselbe der Geschäftsordnung widerspreche. Der Antrag gelangte jedoch mit geringer Stimmenmehrheit zur Annahme. Das Präsidium unterbreitete der Skupschtina hierauf eine im Sinne dieses Antrages gefaßte Resolution, welche eine noch lebhaftere Debatte hervorrief. An derselben betheiligten sich gegen 40 Redner, darunter Garaschanin, Veschanin und viele Mitglieder der Opposition und Dissidenten. Die oppositionellen Redner bezeichneten die Resolution als verfassungs- und gesetzwidrig und als einen Gewaltact. Die Fassung der Resolution würde das Ansehen Serbiens schädigen. Die Opposition verlangte namentliche Abstimmung über die Resolution, der Präsident verweigerte dieselbe, und eine tumultuarische Scene hervorrief, die fast eine halbe Stunde dauerte, und an der sich auch die Zuhörer auf der Galerie betheiligten. Ebenso stürmisch gestaltete sich die Debatte über die von der Regierung eingebrachte Vorlage, nach welcher dem Könige Milan a conto der Civilliste eine Million Francs auf drei Jahre im Voraus bewilligt werden soll. Noch vor Abstimmung über die Vorlage, welche mit geringer Majorität genehmigt wurde, entfernte sich ein großer Theil der Abgeordneten. Heute Nachmittag findet eine abermalige Sitzung der Skupschtina statt, auf deren Tagesordnung die Beantwortung von Interpellationen steht. Hierauf wird die Skupschtina wahrscheinlich mit der Verlesung einer Botschaft der Regentschaft geschlossen werden.

Weiter wird aus Belgrad gemeldet:

Der Kriegsminister Oberst Miletitsch hat seine Entlassung nachgesucht, weil der radicale Club seine Antwort, die er auf die Interpellation dreier radicaler Abgeordneten in Angelegenheit der Truppenconsignirungen vom 19., 20. und 21. Februar d. J. ertheilt hat, nicht zur Kenntniß nehmen wollte. Die erwähnte Interpellation hat folgende Vorgeschichte. Kurz bevor die bekannte antidynastische Schrift des seither in Haft genommenen Abgeordneten Dragischa Stanojewitsch erschien, wurde den Regenten von mehreren — theilweise höchst glaubwürdigen — Persönlichkeiten die Mittheilung gemacht, im Lande mache sich neuerdings eine dynastiefeindliche Bewegung geltend; ja, es sei sogar ein Putsch im Anzug, zu welchem die Abhandlung des revolutionären Abgeordneten das Zeichen zum Losbrechen geben soll. Zu gleicher Zeit erhielt auch König Milan in Paris Briefe ähnlichen Inhalts, weshalb er auch sofort seine Belgrader Reise antrat. Da gleichzeitig andere Anzeichen für die Richtigkeit dieser Behauptungen sprachen, sahen sich die Regenten, als die Schrift Stanojewitsch's erschien, veranlaßt, den Befehl zu ertheilen, die Truppen mögen in sämmtlichen Casernen des Landes consignirt und kampfbereit gehalten werden. Bemerkenswerth ist hierbei, daß dieser Befehl seitens der Regenten Protitsch und Belimarkowitsch — die bekanntlich beide Generäle sind — unmittelbar den Garnisonscommandanten im Lande zugeschickt und der Kriegsminister hiervon erst nachträglich in Kenntniß gesetzt wurde. Dieses mißtrauische Vorgehen der Regentschaft hat nicht verfehlt, unter den radicalen Ministern großes Mißbehagen hervorzurufen, doch fand es Herr Paschitsch angesichts der vollendeten Thatsache für angemessen, die Sache totzuschweigen. Nun haben aber mehrere Abgeordnete von dem Vorfall Kenntniß erlangt und an den Kriegsminister eine Interpellation gerichtet, weshalb und auf wessen Befehl die Truppen am 19., 20. und 21. Februar in den Casernen consignirt wurden. Der Kriegsminister antwortete so gut, als er eben konnte, vermochte aber nicht die Thatsache zu verhehlen, daß die Regenten noch immer

SLUB
Wir führen Wissen.